

Jenaer Splitter IV: Donnerstag

von Philipp Tolios, Jenny Preunkert, Wibke Liebhart, Daniela Ruß, Timur Ergen

Bericht von der Abschlusskonferenz der DFG-Kollegforscher*innengruppe "Postwachstumsgesellschaften" und der 2. Regionalkonferenz der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena

Wachstum oder Barbarei

Leistung, Leistung

Akademisierung als Kampfbegriff

Die Lücke in der Theorie

Mit Kreuztabellen gegen Rechts

Wachstum oder Barbarei

Nichts liegt näher, als auf einen Postwachstums-Kongress auch einen Wachstumsforscher einzuladen und sich anzuhören, was er zu sagen hat. Aber will man das denn auch wirklich hören? In dem Raum ist jedenfalls noch mehr als die Hälfte der Sitzplätze leer als Lucio Baccaro (Köln) mit seinem Vortrag am Donnerstagmorgen beginnt. Baccaro ist nicht irgendein Wachstumsforscher, sondern seit 2017 Direktor des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung und somit Nachfolger des strittigen sowie nie um ein

öffentliches Statement verlegenen Soziologen und Nationalökonomien (im starken Wortsinn) Wolfgang Streeck. Zuvor war Baccaro Professor für Makrosoziologie in Genf und Leiter des „International Institute for Labour Studies“ bei der ILO. In der vergleichenden politischen Ökonomie hat er sich mit dem Konzept der Growth Models einen Namen gemacht, einer Kritik am Varieties of Capitalism (VoC) Ansatz von David Soskice und Peter Hall.

Bevor er seinen Vortrag beginnt, bedankt sich Baccaro bei den Anwesenden dafür, dass sie sich so früh am Morgen in den Hörsaal 2 geschleppt haben. Anerkennendes Nicken in beide Richtungen, vom Podium zum Publikum und zurück. Zunächst wolle er einen kurzen Überblick darüber geben, was man vom Kölner MPI in nächsten Jahren so zu erwarten habe, nämlich Growth Models. Diese seien aus der Beobachtung geboren, dass die VoC-Literatur, ebenso wie die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung und insgesamt die vergleichende politische Ökonomie der vergangenen Jahrzehnte, viel zu stark auf die Angebots- und zu wenig auf die Nachfrageseite fokussiert war. Man studierte institutionelle Unterschiede, meist jedoch solche, die einen Einfluss auf die Produktivität beziehungsweise den industriellen Output hätten. Die Nachfrage wurde hingegen meist stiefmütterlich behandelt. Growth Models seien der Versuch, die Geschichte der politischen Ökonomie der letzten vierzig Jahre aus dieser vernachlässigten Perspektive zu beschreiben und die Implikationen verschiedener institutioneller Arrangements auf der Konsumseite auszuleuchten.

Was auf diese kurze Einleitung folgt, ist eine volle Breitseite an Stata-Grafiken – im matten Blaugrau des default-Layouts versteht sich, denn aufhübschen hieße lügen. Jeweils zwei Grafiken pro Folie werden über den Beamer des Vorlesungssaals gejagt. Kein Text. In den Legenden der Diagramme sind noch die Itemcodes der OECD-Daten zu lesen, „D10&33 manufacturing“, „D55T56 accom&food“. Bloß keine Labels. Mit dem Finger zeigt Baccaro hoch über dem Kopf in die Luft. So präsentiert man Evidenzen!

Die Geschichte, die die Schaubilder und ihr Interpret erzählen, lautet wie folgt: Entwickelte Ökonomien im globalen Nordwesten sind alle mit demselben Problem konfrontiert. Seit den 1980er-Jahren hat es kaum noch Reallohngewinne gegeben. Die Produktivität ist gestiegen, die Nachfrage hat jedoch nicht Schritt gehalten – hauptsächlich aufgrund des Erodierens gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht. Das gemeinsame Dilemma der betroffenen Ökonomien – und hierfür seien die Growth Models illustrativ – ist, dass sie versuchen müssen, Nachfrage für ihre Produkte zu erzeugen. Länder wie das Vereinigte Königreich verfolgen hierfür die Strategie, den Binnenkonsum durch die Ausweitung von Privatverschuldung anzukurbeln. Briten würden „über ihre Verhältnisse leben“, ist ein Satz, der, von einem Italiener ausgesprochen und von einem deutschen Publikum mit Applaus bedacht, zweifellos zu den Eigentümlichkeiten gehört, die nur ein Besuch akademischer Veranstaltungen bieten kann. Doch das und nicht weniger behauptet Baccaro. Jedoch mit dem Hinweis, dass das nicht unbedingt ein Problem und das konsumbasierte Modell auf der britischen Insel lange Zeit sehr stabil gewesen sei.

Das liege an ihrer speziellen Situation, denn die konstanten Kapitalabflüsse, die ihr durch den Import fremder Waren entstünden, gleiche sie durch die Nachfrage an britischen Finanzprodukten wieder aus. Durch einen konstanten Bedarf an Dienstleistungen im mittleren und Niedriglohnbereich wiesen konsumbasierte Wachstumsökonomien auch Zuwächse bei Reallöhnen auf, die wiederum die Binnennachfrage stützen.

Deutschland verfolge ein anderes Modell. Es habe sich, zumindest im Zuge der 1990er-Jahre, voll und ganz auf den Export seiner Waren spezialisiert und produziere vor allem preissensible Industriegüter. Da es einen natürlichen Trade-off zwischen Export- und Konsumorientierung gebe, müsse Deutschland den eigenen Binnenkonsum niedrig halten – sprich Lohnzurückhaltung üben. Und das hat es auch: Während sich die Löhne im produzierenden Gewerbe parallel zur Produktivität entwickelt hätten und seit 1995 insgesamt um knapp dreißig Prozent gestiegen seien, wären die Einkommen im Dienstleistungssektor im selben Zeitraum um nur fünf bis zehn Prozent gestiegen. Der Europäische Binnenmarkt erlaube unterdessen das Outsourcing an billige Zulieferbetriebe in der europäischen Peripherie. Die eher kostspieligen Lohnanstiege in der Industrie würden also teilweise dadurch abgefangen, dass ganze Produktionsprozesse in die billigeren Länder Mittelosteuropas ausgelagert werden.

Zwar spiele die Exportorientierung in Schweden eine ebenso große Rolle, im Unterschied zu Deutschland habe es sich aber auf preisunsensible Produkte (vor allem besondere Dienstleistungen) spezialisiert. Es verfolge zudem ein gemischtes Modell, habe also ebenso die Privatverschuldung angekurbelt wie es seine Exportwirtschaft stärke, um die Hungerzeiten der Binnennachfrage zu überbrücken. Dadurch könne und müsse es großzügiger bei der Lohnentwicklung sein. Laut Baccaro würden sich die Einkommen im Dienstleistungssektor im Einklang mit denjenigen des produzierenden Gewerbes entwickeln.

Der Fall Italien lässt sich am besten durch ein einziges Wort beschreiben: Stagnation. Der Binnenkonsum sei schwach, die Exportindustrie zu klein, um für signifikantes Wachstum zu sorgen. Die Arbeitslosigkeit sei auf relativ hohem Niveau konstant und die öffentliche Hand verschulde sich zunehmend, um in die notwendige Infrastruktur zu investieren – oder auch nicht.

Doch was führe zur Etablierung eines Growth Models und was Sorge für dessen Erhalt? Baccaros Antwort ist denkbar einfach: „dominant social blocs“. Damit meine er klassenübergreifende Allianzen, die sich rund um dominante Wirtschaftszweige in den einzelnen Ländern etabliert hätten, etwa die Deutsche Industrie und ihr entsprechendes Gewerkschaftspondant oder die Londoner City, die genug Steuern zahle, dass selbst die Labor-Party sie nicht antasten wolle. Was Baccaro vorträgt, lässt sich demnach als eine Art „Politische Ökonomie + Gramsci“ zusammenfassen, was erneut die Frage aufwirft, warum hier eigentlich nicht mehr Leute im Hörsaal sitzen. Die hegemonietheoretische Komponente in seiner Theorie

führt ihn jedenfalls zu folgendem Schluss: Etablierte Growth Models sitzen verdammt fest im Sattel. Man sollte an dieser Stelle an das Wort „Klassenkompromiss“ mit all seinen Implikationen denken – oder einfach das Gedankenexperiment anstellen, wer sich tatsächlich hinter die Forderung stellen würde, die deutsche Automobilindustrie nicht zu verstaatlichen, sondern einfach dicht zu machen. Breite Zustimmung zu einem etablierten Modell würde einerseits durch redistributive Zahlungen und andererseits durch eine konstante Projektion der Interessen des „social bloc“ auf die weitere Ökonomie und darüber hinaus auch auf die breite Öffentlichkeit sichergestellt. Demokratische Politik, insbesondere Wahlen, könnten – hier meint man für einen Moment die Stimme Streecks zu hören – lediglich mediiierend wirken. Tatsächlich gestalterische Macht hätten sie kaum. Das einzige ihm bekannte Beispiel, so Baccaro, bei dem ein etabliertes Growth Model auf demokratischem Wege aus den Angeln gehoben wurde, sei die seit bald drei Jahren das Vereinigte Königreich verwüstende Brexit-Abstimmung. Vor diesem Hintergrund kann man der Postgrowth-Bewegung nur alles Gute für den weiteren Weg wünschen. Sie möge uns das Schlimmste ersparen. (Philipp Tolios)

Leistung, Leistung

Dass soziale Ungleichheit in Deutschland zunimmt und der soziale Frieden dadurch gefährdet ist, wird im öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskurs immer wieder thematisiert. Im Kontext dieser wiederkehrenden Auseinandersetzungen wird regelmäßig die Frage aufgeworfen, wie es derzeit um die Leistungsgerechtigkeit bestellt ist. Daran anschließend überschrieb die Sektion Sozialstrukturanalyse und soziale Ungleichheit ihre Sitzung mit „Meritokratie – Utopie oder Dystopie?“, denn in einem meritokratischen System hängt der Status einer Person von ihrer individuellen Leistung und ihren besonderen Verdiensten ab. Auf diese Weise sollen unrechtmäßige Privilegierungen oder Diskriminierungen vermieden werden. Offenbar traf die Sektion damit einen Nerv, denn der Publikumsandrang war groß und trotz beengter Sitzmöglichkeiten, steigender Temperatur und abnehmendem Sauerstoffgehalt blieb der Raum über zweieinhalb Stunden hinweg sehr gut gefüllt.

Von den insgesamt fünf Vorträgen waren die ersten beiden als theoretische, die übrigen drei als empirische Beiträge angekündigt. Doch zumindest die ersten vier ließen sich nicht direkt einordnen: Weder handelte es sich um klassische Theorievorträge zu Fragen der Meritokratie, noch wurde empirisch diskutiert, wie meritokratisch die heutigen Gesellschaften denn sind. Vielmehr analysierten sie – klug, sich wechselseitig ergänzend und doch auf je eigene Weise –, welche Rolle das Leistungsprinzip in unserem Alltag und in der Wissenschaft spielt.

Steffen Hillmert (Tübingen) diskutierte in seinem Vortrag „Meritokratie als Mythos, Maßstab und Motor gesellschaftlicher Ungleichheit“ die Bedeutung von Leistungsgerechtigkeit für die soziale Ungleichheitsforschung. Allgemein gebe es eine hohe gesellschaftliche Zustimmung zum Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Allerdings sei oft unterbestimmt, was unter Leistung verstanden wird. Untersuchungen zum Thema Leistungsgerechtigkeit müssten daher sorgsamer als bisher in Rechnung stellen, was in der untersuchten Gruppe und für die jeweiligen Personen als Leistung gewertet wird. Des Weiteren plädierte er dafür, nicht nur Verstöße gegen das und Abweichungen vom Leistungsprinzip zu rekonstruieren und zu „demaskieren“, sondern auch zu fragen, wie mit jenen Gruppen zu verfahren sei, die nicht den Erwartungen im Sinne des gesellschaftlich anerkannten Leistungsprinzips entsprechen. Gilt ihre Ungleichbehandlung als legitim? Es sei Aufgabe der sozialen Ungleichheitsforschung, so Hillmert, auch derartigen Mustern ‚begründeter‘ Ungerechtigkeit nachzugehen.

Bettina Mahler (Aachen) befasste sich in ihrem Vortrag „Meritokratie und Moderne. Talcott Parsons, Pierre Bourdieu und aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen“ mit den Kosten einer meritokratischen Gesellschaft. Zu diesem Zweck verglich sie die Perspektiven der beiden Großtheoretiker Pierre Bourdieu und Talcott Parsons miteinander. Was als ungleiches Paar im ersten Moment überraschte, förderte dann doch interessante Einsichten zutage. Denn trotz aller Unterschiede weisen beide Theoretiker in ihrem Verständnis von Meritokratie und den möglichen destruktiven Folgen überraschende Parallelen auf: Beide betonten, dass Leistungen eng mit Belohnungen verknüpft seien, die in einem meritokratischen System oft auf Kosten der unteren Schichten produziert werden würden. Die Privilegierten, so etwa die überraschende Schlussfolgerung von Parsons, würden die Grundlagen ihrer Privilegien vergessen - und sie fälschlicherweise für selbsterworben halten.

Stefan Holubek (Bremen) präsentierte in seinem Beitrag „Ein paar Sachen, die einfach so gekommen sind, wie sie gekommen sind.“ Statushorizonte und ihre Enaktierbarkeit in Lebensführungen deutscher Mittelschichten“ Teilergebnisse aus dem DFG-geförderten Projekt „Lebensführung als investive Statusarbeit - Praktiken, Bedingungen, Störungen“ an der Universität Bremen. Mit ebenso einprägsamen wie unterhaltsamen Zitaten aus den Projektinterviews konnte er darlegen, dass selbst Personen einer Schicht - in diesem Fall der mittleren - den eigenen sozialen Status aus unterschiedlichsten Leistungen ableiten würden. Zur Selbstpositionierung und Begründung des eigenen Status und Erfolgs würden dabei mitunter auch die akademischen Leistungen von Verwandten abgewertet, um im Gegensatz dazu eigene praktische Tätigkeiten aufwerten zu können. Je nach Umfeld könne sowohl *hard work* als auch *smart work* als statusrechtfertigender Verdienst angesehen werden. Leistung fungiere als zentrales Orientierungsschema, gerade im Ab- und Aufwertungskampf mit anderen. Bezüglich der Frage nach dem Umgang mit Misserfolgen berichtete Holubek aus seiner Forschung: In solchen Fällen werde häufig das eigene Bemühen betont. Auf diese Weise könnten auch gescheiterte Anstrengungen als legitimer Versuch anerkannt werden, dem Leistungsprinzip zu

entsprechen.

Stephan Voswinkel (Frankfurt) wählte in seinem Vortrag „Aufstiegsorientierung – verallgemeinerbare Orientierung oder unterwerfende Anrufung und Fiktion einer meritokratischen Gesellschaftskonzeption?“ eine andere Perspektive, um das Verhältnis von allgemein anerkannten Leistungsprinzipien und davon abweichenden Verhaltensweisen zu diskutieren. Ähnlich wie bei Hillmert und Holubek gab es auch in seinen Betrachtungen nicht das eine Leistungsprinzip als dominante Aufstiegsorientierung. Er ging sogar noch einen Schritt weiter: Gruppen, die nach dem Maßstab der restlichen Gesellschaft versagten, könnten durchaus denjenigen Leistungsprinzipien entsprechen, die sie für sich selbst definierten. Voswinkel plädierte daher einmal mehr dafür, die Heterogenität von Leistungsprinzipien ernst zu nehmen. In Abgrenzung zu Ulrich Becks berühmten ‚Fahrstuhleffekt‘ funktioniert für ihn sozialer Aufstieg wie eine Rolltreppe. Allerdings sei diese Rolltreppe zum Stehen gekommen, weshalb Aufstiegsprozesse nur noch mit großen individuellen Anstrengungen und Kosten möglich seien.

Der fünfte Vortrag von Hartmut Esser (Mannheim) mit dem Titel „Ist das Ability-Tracking nicht eigentlich nur rein meritokratisch verkleidetes ‚Nobility‘-Tracking? Die Bedeutung der kognitiven Fähigkeiten und der Leistungsdifferenzierung für den schulischen Kompetenzerwerb, Bildungsgleichheit und -gerechtigkeit“ ging schließlich der Frage nach, wie meritokratisch die deutsche Gesellschaft sei, genauer: Wie leistungsgerecht sind die Bildungssysteme der Länder? Das Ergebnis seiner Studie sei, wie er mehrfach betonte, provokant: Eine (frühe) Ausdifferenzierung des Schulsystems nach kognitiven Fähigkeiten steigere das Leistungsniveau, ohne dass dabei die soziale Herkunft eine Rolle spiele. Esser verzichtete nach eigener Aussage bewusst darauf, in seinem Panelvortrag Überlegungen auf der Metaebene, beispielsweise was Leistungen sind, anzustellen. Leider konnten die von ihm präsentierten Ergebnisse auch nicht mehr vor dem Hintergrund der vorangegangenen Ausführungen diskutiert werden. Ebenso war es aufgrund der üblichen Zeitnot nicht mehr möglich, die Beiträge zusammenzuführen. Das blieb aber auch der einzige Wehmutstropfen der Veranstaltung. (Jenny Preunkert)

Akademisierung als Kampfbegriff

Warum führte die „dramatische Expansion der Hochschulen“ in den letzten Jahrzehnten nicht wie erwartet zu einer zunehmenden Arbeitslosigkeit unter Akademikerinnen? Dieser Frage widmete sich die Sektionsveranstaltung Bildung und Erziehung unter der Überschrift „Akademisierung und Transformation der

Arbeitswelt“. Eine mögliche Antwort darauf formulierte bereits der Ankündigungstext: Die Beschäftigungsfelder passen sich an die Akademisierung an oder, in anderen Worten, die „soziale Konstruktion von Arbeitsstellen“ passt sich an die Verwissenschaftlichung der Ausbildungsstrukturen in anwendungsbezogenen Studiengängen an. Dieser These nach absorbiert der Arbeitsmarkt die stetig wachsende Zahl an Hochschulabsolventinnen und es kommt eben nicht zum lange prognostizierten Akademikerinnenüberschuss.

Die fünf Beiträge des Panels betrachteten entsprechende Entwicklungen in verschiedenen Berufsfeldern. Dabei bezogen sich vier der fünf Referate auf die Entstehung und Akademisierung bestimmter *Berufe*: René Krempkow (Berlin) sprach über Wissenschaftsmanagerinnen, Christoph Schubert (Halle) über Lerntherapeutinnen. Annett Maiwald (Halle) widmete sich Frühpädagoginnen, während sich Alexander Mitterle (Halle) mit Gründerinnen befasste. Der Beitrag von Martin Winter (Detmold) thematisierte dagegen die Verwissenschaftlichung einer *Institution*, er stellte die laut eigener Aussage „komische Frage nach der Akademisierung der Musikhochschulen“ – ohne weiter darauf einzugehen, was genau das Komische an der von ihm formulierten Frage überhaupt sei. Leider konnten die Ausführungen nur oberflächlich diskutiert werden; neben den Referaten blieb nur wenig Zeit für Nachfragen und übergreifende Betrachtungen. Die folgende Zusammenschau ist keine Wiedergabe der Beiträge, sondern versucht, einzelne Punkte vergleichend vorzustellen.

Ob es nun um die Entstehung von Studiengängen mit Namen wie „Integrative Lerntherapie“ oder um die Einrichtung eines „Entrepreneurship Lehrstuhls“ ging, ob die Curricula des Unternehmertums oder die Stellenanzeigen für Wissenschaftsmanagerinnen als Untersuchungsgegenstand dienten, ob die Methodenkompetenz der Frühpädagoginnen oder die Spezifik der deutschen Musikhochschulen angeführt wurden – alle fünf Beiträge machten deutlich: Akademisierung ist ein Kampfbegriff. Stets ging es um Definitionshoheit, Deutungsmacht, Abgrenzungsbestrebungen und – natürlich – um Geld. So wolle die Musikhochschule etwa den Universitäten gleichgestellt werden, im Feld der Lerntherapie konkurrierten Pädagogik und Psychologie miteinander, das Wissenschaftsmanagement unterwandere die Verwaltungsstrukturen, das Unternehmertum beanspruche als Triebkraft wirtschaftlicher Entwicklung finanziell und ideell gefördert zu werden.

Sowohl in einigen Randbemerkungen in den Vorträgen als auch in einigen Wortmeldungen aus dem Publikum klang außerdem die Frage an, welche konkreten Auswirkungen die Akademisierung auf den spezifischen beruflichen Alltag innerhalb der Berufsfelder habe. René Krempkow und Annett Maiwald berichteten, dass es an Universitäten wie auch in Kindergärten zu Missverständnissen hinsichtlich der Zuständigkeitsbereiche und zu Konflikten bei der Aufgabenverteilung komme. Maiwald sprach von einer regelrechten Stratifizierung der Tätigkeiten: Die ausgebildeten Erzieherinnen erledigen „dirty work“ am Kind, während die studierten Frühpädagoginnen das Kind eher als Fall sehen, anhand

dessen sie „über Erziehung nachdenken“ könnten. Anders stelle sich die Situation in den Instituten und Fakultäten der Universitäten dar: Bestimmte administrative Aufgaben, vormals klassische Verwaltungstätigkeiten, werden komplexer, sie erfahren ein „Upgrade“ und wandern damit in den Zuständigkeitsbereich der Wissenschaftsmanagerin. Demgegenüber sei beispielsweise die Betreuung von Doktorandinnen nicht mehr ausschließlich dem wissenschaftlichen Personal vorbehalten; sie könne mittlerweile unter bestimmten Umständen ebenfalls von einer Wissenschaftsmanagerin übernommen werden. Beide Bewegungen schaffen ein neues Aufgabenfeld, das „Wissenschaftsmanagement“, für ein neues Berufsbild, eben die Wissenschaftsmanagerin. In der Schule, dem Arbeitsort der Lerntherapeutinnen, seien Christoph Schubert zufolge eher Entlastungs-, denn Aushandlungsprozesse zu beobachten. Durch das Krankheitsbild der „Lernstörung“ entledige sich die Institution Schule einer ehemals pädagogischen Fragestellung, nämlich: Wie können Schülerinnen mit deutlich schwächeren Leistungen in den Schulunterricht eingebunden werden? Durch die Erklärung, es handle sich um eine in der Persönlichkeit des Kindes liegende Pathologie, werde die Förderung von Schülerinnen mit Lernschwierigkeiten, Aufmerksamkeitsdefizitsyndromen, Konzentrationsdefiziten, Lese- und Rechtschreibschwächen nicht mehr als Aufgabe der Lehrperson angesehen. Stattdessen kümmern sich nun eigens dafür ausgebildete Lerntherapeutinnen um jene Kinder mit ‚besonderen Bedürfnissen‘. Diese verstärkt stattfindende Pathologisierung trage somit zur Professionalisierung der Lerntherapie bei. Insgesamt bleibe jedoch zu beobachten und zu analysieren, so die Conclusio aller Vorträge, wie die einzelnen Akademisierungsprozesse sinnvoll gelenkt und wie langfristig mit ihnen umgegangen werden könne. (Wibke Liebhart)

Die Lücke in der Theorie

Fällt das Stellen von Zeitdiagnosen in den Fach- und Aufgabenbereich der Soziologie? Und wenn ja, wie? Anlässlich der diagnostizierten ‚Great Transformation‘ reflektierte die Sektion Soziologische Theorie das Verhältnis von Soziologie, Gesellschaftstheorie und Zeitdiagnose. Die beiden Organisator*innen Sina Farzin (Hamburg) und Henning Laux (Chemnitz) hatten zwei zeitdiagnostische und zwei gesellschaftstheoretische Beiträge versammelt, um zu klären, ob es sich bei Zeitdiagnosen um „belastbare Deutungsangebote“ oder „haltlosen Alarmismus“ handle. Dass Diagnosen keine Normalsoziologie, sondern in der Disziplin begründungsbedürftig sind, war in der Frage also bereits angelegt.

Einleitend wiesen Farzin und Laux darauf hin, dass soziologische Zeitdiagnosen ein eigenes „Genre“ seien, das sich dadurch auszeichne, dass es auf einen Aspekt der Gesellschaft fokussiere und gleichzeitig die gesamte Gesellschaft adressiere. Durch eine dramatisierende Sprache, spekulative Einsprengsel und „biografische Impressionistik“ werde die Gegenwart zu einem einmaligen Umbruch stilisiert.

Zeitdiagnosen seien immer schon Kritik vonseiten der Soziologie, insbesondere der Gesellschaftstheorie, ausgesetzt gewesen, obwohl es durchaus Hinweise darauf gebe, dass sie Theorie eben auch inspirieren,^[1] nicht nur ersetzen konnten.^[2] Damit war die Diagnose als Genre umrissen und die Frage auf das Verhältnis von Zeitdiagnose und Gesellschaftstheorie zugespitzt.

Die Veranstaltung war so angelegt, dass die Gesellschaftstheorie einen ‚objektivierenden‘ Blick auf zwei Gegenwartsdiagnosen werfen sollte. Zum Glück scheiterte dieses Vorhaben schon von Anfang an. Nicht nur, weil der einzige Beitrag entfiel, der eine Diagnose ohne Anführungszeichen gewagt hätte, sondern auch, weil die Gesellschaftstheorie sich demonstrativ vorenthielt, mit „Kanonen auf Spatzen“ (Schnabel) – lies: mit Theorie auf Diagnosen – zu schießen. Die Zeitdiagnose wurde also nicht rundweg abgelehnt, sondern sollte über die gesellschaftstheoretische Bande auf ihren Platz verwiesen werden. Im Laufe der Veranstaltung wendete sich dieser etwas gönnerhafte Blick auf die Diagnose zu einem zeitdiagnostischen Blick auf Gesellschaftstheorie.

In ihrem Beitrag „Bewertungsgesellschaft‘ als Zeitdiagnose?“ verhandelten Thorsten Peetz (Bremen), Anne K. Krüger (Berlin) und Hilmar Schäfer (Frankfurt/Oder) die Theorie der Bewertungsgesellschaft *als ob* es sich um eine Zeitdiagnose handelte. Frage- und Anführungszeichen markierten die objektivierende Distanz des Beitrages. Infrage stand nicht nur, ob man von einer Bewertungsgesellschaft sprechen könne – ob also das Vergleichen, Messen und Bewerten hinreichend bestimmend für unsere gegenwärtige Gesellschaft sei – sondern auch, ob die Bewertungsgesellschaft zur Zeitdiagnose taue. Anne K. Krüger hielt das für plausibel, weil evaluierende Methoden und ihre Konsequenzen mittlerweile in ganz verschiedenen Bereichen der Gesellschaft eine Rolle spielen und als solche auch von der Soziologie untersucht werden würden.^[3] Die Bewertungsgesellschaft, so Krüger, könne also durchaus einen zentralen Aspekt der Gegenwart erfassen. Allerdings müsse man auch gegenläufige Tendenzen sowie ihre weltgesellschaftliche Verbreitung und Durchdringung untersuchen, womit Krüger die Diagnose nicht nur als Genre, sondern auch als Methode mit ihren eigenen Gütekriterien fasste. In der Diskussion wurde die Bewertungsgesellschaft dann stellvertretend für andere Diagnosen kritisiert: Man könne, so ein Kommentar aus dem Publikum, gerade an der Bewertungsgesellschaft sehen, wie die Betonung gegenwärtiger Symptome historische Ursachen, wie die Entgrenzung der Marktlogik, vernachlässige.

Beim Lesen von Zeitdiagnosen, so Annette Schnabel (Düsseldorf), suche man unwillkürlich nach Gegenbeispielen. Das verweise auf eine Lücke, die es gesellschaftstheoretisch zu ergründen gelte. Nach Schnabel können Zeitdiagnosen neue Gegenstände für Gesellschaftstheorien erschließen, die es zu untersuchen lohne. Zur Verdeutlichung versuchte Schnabel, Andreas Reckwitz’ „Gesellschaft der Singularitäten“ mit Hilfe von „analogical theorizing“^[4] für die Rational-Choice-Theorie nutzbar zu machen. Reckwitz’ These vom Wandel der Logik der Rationalität

in der Moderne hin zur Logik der Singularisierung in der Spätmoderne, habe eine explanatorische Lücke bezüglich der Gleichzeitigkeit standardisierter und singularisierter Formen in der Gegenwart. Schnabel reformulierte Reckwitz' Diagnose als Hypothese über individuelle Akteure und ihre Handlungen: Angenommen, die Strategien der Standardisierung und Singularisierung schlossen sich gegenseitig aus, dann könne Singularisierung eine individuelle Strategie der Distinktion sein, wenn (1) der Singularität ein hoher Wert zugesprochen werde, (2) sie erreichbar scheine und (3) der damit verbundene Aufwand nicht zu groß sei. Die Rational-Choice-Theorie könne also die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Strategien erklären, indem sie auf eine Veränderung von Werten und Erfolgswahrscheinlichkeiten sowie eine Reduktion der Kosten verweise. Zeitdiagnosen, schloss Schnabel, könnten also Perspektiven auf Phänomene eröffnen, bedürften aber zur tieferen Analyse einer Gesellschaftstheorie. Umstritten blieb im Publikum, inwiefern die Rational-Choice-Theorie diese tiefere Erklärung ermögliche. Wenn Individuen sich in ihren Handlungen an einer Rationalität der Singularität orientieren, muss die Gesellschaft der Singularitäten dann nicht immer schon vorausgesetzt werden? Wenn man aber noch in den Gesellschaftstheorien selbst eine Lücke ausmacht, wie verschieden sind Diagnose und Theorie dann wirklich? Mit dem Vortrag Schnabels kollabierte die Unterscheidung von flachen Zeitdiagnosen und tiefen Gesellschaftstheorien.

Tobias Werron (Bielefeld) führte diesen Gedanken weiter und vermutete, sein Interesse an Zeitdiagnosen habe auch mit dem unbefriedigenden Zustand der Gesellschaftstheorie zu tun. Werron begann seinen Vortrag „Zeitdiagnose und Gesellschaftstheorie: Zur Beziehung zweier soziologischer Genres“ mit einem historischen Rückblick: Gesellschaftstheorie sei entstanden aus dem Geist der Zeitdiagnose, aus der Suche nach den zentralen Merkmalen und Dynamiken der modernen Gesellschaft. Erst im 20. Jahrhundert, als die Moderne immer länger und die Gegenwart immer kürzer wurde, differenzierten sich die Gesellschaftstheorie der Moderne und die Diagnose der Gegenwart aus. Dazu sei es gekommen, weil geschichtsphilosophische Theorien, die die Gegenwart noch als Endpunkt einer längeren Entwicklung begriffen, an Überzeugungskraft verloren hätten. Außerdem sei eine nationale Öffentlichkeit entstanden, die spezifische Ansprüche an die Form von Zeitdiagnosen stelle und ihre Chancen, Aufmerksamkeit zu erhalten, bestimme. Die Zeitdiagnose als eigenständiges Genre gebe es jedoch erst seit den 1970er-Jahren. Dabei sei die Diagnose nicht notwendigerweise weniger abstrakt oder allgemein als die Gesellschaftstheorie, sondern zeichne sich in erster Linie durch ihre Darstellungsform aus. In Anbetracht der Tatsache, dass auch die Gesellschaftstheorie ihren Anspruch nicht einlösen könne, warb Werron für ein Bewusstsein für die Existenz der verschiedenen Genres und eine Kultivierung des Austauschs zwischen ihnen.

Die Veranstaltung hatte als gesellschaftstheoretische Diskussion über Zeitdiagnosen begonnen und endete in einer Zeitdiagnose der Gesellschaftstheorie: Gerade wenn der Unterschied nur im Genre und nicht in der Wissenschaftlichkeit bestehe, müsse man sich dann nicht fragen, welche anderen Bedingungen etwa im

Wissenschaftsbetrieb selbst dazu führten, dass es die starke Fokussierung auf einen gesellschaftlichen Aspekt und seine Neuheit gebe? Oder könnte man sagen, dass Gesellschaftstheorien durch ihr Scheitern an den Widersprüchlichkeiten der Gesellschaft Raum für Zeitdiagnosen schaffen? Dann wären es gerade die Zeitdiagnosen, die in die Lücke der Gesellschaftstheorie stießen, sie aber niemals füllen könnten. (Daniela Ruß)

Mit Kreuztabellen gegen Rechts

Die Zahl sozialwissenschaftlicher Experten für rechtspopulistische Politik hat sich seit 2015 vervielfacht. Jede sozialwissenschaftliche Theorietradition und analytische Denkschule kennt, so scheint es, die eigentlichen Gründe der jüngsten Hochkonjunktur des Rechtspopulismus. So ist der Aufstieg des Rechtspopulismus oft recht unbedarft mit neoliberalen Reformen, Wiedervereinigungspolitik, Repräsentationskrise oder dem poststrukturalistischen Denken erklärt worden. Wenn sich allerdings jemand dem Verdacht vorschneller Erklärung entziehen kann, dann ist das Wilhelm Heitmeyer. Seit Jahrzehnten untersucht der emeritierte Doyen der Bielefelder Gewalt- und Autoritarismusforschung Verteilung, Struktur und Ursachen autoritärer Einstellungen.

Dabei hat man bei Heitmeyers Präsentation teilweise das Gefühl, dass er viel mehr über den Gegenstand weiß, als einer zweistündigen Diskussion gut tut. Teilnehmende auf der Suche nach scharfen Thesen und Kontroverse jedenfalls müssen sicher enttäuscht gewesen sein von seinen an eine längst vergangene Epoche der Soziologie erinnernden Kreuztabellen und Schaltdiagrammen, die Wechselwirkungen und komplexe Faktorenbündel anschaulich abbilden sollten. Aber alles der Reihe nach: Zuerst einmal argumentierte Heitmeyer auf der Basis von Surveydaten, dass der rasche Aufstieg der AfD primär ein politisches Bündelungs- und Artikulationsphänomen sei – keines gewandelter Einstellungen. Seit den 1990er-Jahren fände man in Befragungen eine hoch bleibende Menge an „wahlpolitisch vagabundierenden autoritär eingestellten Bevölkerungsgruppen“. Diese Entwicklung müsse mit Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Prozessen, individuellen Reaktionen und politischen Folgen erklärt werden. Auf dem Jenaer Kongress präsentierte Zeitdiagnosen wie etwa die der kapitalistischen Landnahme seien Teil von „schleichenden Prozessen“, auf die Akteure zunehmend orientierungslos und verunsichert reagierten. Orientierungslosigkeit und Verunsicherung wiederum ließen sich von rechten Parteien leicht in Wählerstimmen ummünzen, ein Trend, der durch Signalereignisse wie 9/11, die Finanzkrise oder die neue europäische Migrationsdebatte noch verstärkt würde. Heitmeyer wandte sich deutlich gegen den Begriff des „Rechtspopulismus“, weil

dieser unpräzise und verharmlosend sei. „Autoritärer Nationalradikalismus“, so sein Gegenvorschlag, sei dem Phänomen und der von ihm ausgehenden Gefahr wesentlich angemessener. Die Erfolgsspur der neuen rechten Politik liege zwischen klassischem Rechtspopulismus und gewalttätigem Rechtsradikalismus und ziele auf die Destabilisierung demokratischer Institutionen in den Bereichen Politik, Erziehung, Recht und Kultur.

Heitmeyers Antwort auf die eingangs genannte Leitfrage – Ist der autoritäre Nationalradikalismus ein Wachstumsmodell und hängt er mit dem landnehmenden Kapitalismus zusammen? – fiel ebenso datenreich aus wie der Rest seines Vortrags. Wachstumsmodell? Da ginge es ja schließlich um die Zukunft! Zumindest ließ er sich zu der Feststellung hinreißen, dass ein Abebben der Konjunktur der Rechten nur durch interne Zerwürfnisse oder „gravierende Reformen“ denkbar sei. Für die Möglichkeit anderer Szenarien stelle sich das Geflecht aus gesellschaftlichen Schief lagen, individueller Desintegration und politischer Artikulation als zu robust dar. Passend zur Breite der einführenden Betrachtungen bestand ein Großteil der Kommentare darin, Heitmeyers Erklärung noch zusätzliche relevante Erklärungsfaktoren hinzuzufügen. Brigit Sauer (Wien) bot gleich fünf Ergänzungen an, unter anderem den wichtigen Hinweis, dass die neue rechtspopulistische Politik global von „maskulinistischer Identitätspolitik“ durchzogen sei. Hans-Jürgen Bieling (Tübingen) stellte dem sozialpsychologischen Fokus Heitmeyers klassische politikwissenschaftliche Cleavage-Erklärungen zur Seite und machte auf die Interpretationsbedürftigkeit gesellschaftlichen Wandels aufmerksam. In einem der an diesem Donnerstagabend seltenen Versuche, Kontroverse herzustellen, bemerkte Andreas Nölke (Frankfurt), dass es mittlerweile mehr als genug Erklärungsangebote gebe. Es sei an der Zeit für sozialwissenschaftliche Präskription hinsichtlich der Frage, wie sich die Entwicklung bekämpfen lasse. Wie von Karl Polanyi beschrieben pendelten kapitalistische Gesellschaften zwischen unregulierten und organisierten Stadien. Und ein wirksames linkes Programm gegen die neue Rechte setze Alternativvorschläge für einen sich andeutenden Reorganisationsprozess voraus. (Timur Ergen)

Fußnoten

^[1] Siehe etwa die Reckwitz-Diskussion auf Soziopolis.

^[2] Fran Osrecki, Die Diagnosegesellschaft, Bielefeld 2011.

^[3] Michèle Lamont, Toward a Comparative Sociology of Valuation and Evaluation, in: *Annual Review of Sociology* 38 (1), 2012, S. 201-221.

^[4] Diane Vaughan, Theorizing Disaster: Analogy, Historical Ethnography, and the Challenger Accident, in: *Ethnography* 5 (3), 2004, S. 315-347.